Rote Spritze

Information des Branchenaktivs Gesundheitswesen der DKP

9|2020

4,8% - das ist bescheiden

Die Forderung von Ver.di:
„4,8 %, mindestens aber 150 Euro mehr, 100 Euro für Azubis und 39 Stunden Arbeitszeit auch im Osten“.
Außerdem soll ein eigener Verhandlungstisch für das Gesundheitswesen und die Pflege eingefordert werden.
Denn: „Ver.di hat für Pflegende in anderen Tarifverträgen zuletzt eine monatliche Zulage von 120 Euro (Länderbeschäftigte), mit den Unikliniken in Baden-Württemberg 200 Euro monatlich und mit Helios von 300 Euro monatlich vereinbart.“ (Ver.di Krankenhausinfo)
Aber: Die kommunalen Arbeitgeberverbände lassen jetzt die Sau raus!
Sie „hätten am liebsten eine Nullrunde für 3 volle Jahre, ...“ so das Ver.di Krankenhausinfo weiter.
Was hat sie dazu ermuntert? Dass es überhaupt jetzt zur Tarifrunde kommt, war bis Mitte Juni nicht absehbar. Die Gewerkschaft hatte zuvor versucht, mit den Arbeitgebern „Handlungsspielräume auszuloten“, um die Tarifrunde zu verschieben. Da war von einem Kurzläufertarifvertrag oder einer Einmalzahlung die Rede, es hieß „Auch 2010 gab es zur Wirtschaft-und Finanzkrise angepasste Abschlüsse“ (Zur Erinnerung: das waren 1,2 % im Jahr 2010 und 1,1 % 2011) und die Streikfähigkeit einzelner Bereiche wurde in Frage gestellt. Klar, dass die Arbeitgeber darin bestärkt wurden davon auszugehen, dass die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft (infolge der Krise) nicht imstande sein würden ihre Interessen durchzusetzen.

Dass sie sich da mal nicht täuschen!

Die Ver.di Betriebsgruppe hatte 500 Euro mehr für Pflegekräfte gefordert und damit auch den Unmut der Beschäftigten über die viel zu geringe Bezahlung und die Erwartung an die Tarifrunde zum Ausdruck gebracht. Und angesichts des Hin und Her um eine Corona-Prämie brachte es die Betriebsgruppe auf den Punkt: **„Aber betteln war gestern, jetzt fordern wir gemeinsam dauerhaft höhere Löhne für alle“.**

Corona-Prämie auch für Pflegekräfte?

Am 14.08., rechtzeitig zur Tarifrunde, veröffentlichte Ver.di eine Medieninformation. Darin heißt es: „Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft begrüßt, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn jetzt auch für Beschäftigte der Krankenhäuser einen Corona-Bonus in Aussicht gestellt hat.“
Natürlich steht uns das zu (wie den Kolleg/Innen der Altenpflege). Wenngleich es sich wahrscheinlich um eine Beruhigungspille handelt, den Unmut (und damit die Kampfentschlossenheit) in der Tarifrunde zu dämpfen. Aber erstens wurde uns schon viel in Aussicht gestellt und nicht eingehalten, und zweitens ist ein Einmal-Bonus kein Ersatz für dauerhafte Lohnerhöhung.

... besser tarifvertraglich geregelt

Sogar Herr Jürgensen, Chef der Anstalt Klinikum Stuttgart, äußerte sich im Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 17.07. zum Pflegebonus für die Krankenpflege: „Aber ich hätte mir gewünscht, dass es eine bundesweite Regelung und eine tarifvertragliche Honorierung der besonderen Aufgaben gibt. Unser Haus hat jetzt für etwa 3500 Beschäftigte einmalig bis zu 400 Euro gezahlt – das ist natürlich nichts, was die tollen Leistungen aufwiegen kann, sondern nur eine Geste.“

Aber genau die tarifvertragliche Honorierung wollen uns die Arbeitgeber verweigern.

Ob nun mit Corona Prämie oder nicht: Die Beifallklatsch-Heuchelei ist vorbei. Sie zeigen, dass sie rausholen wollen, was geht.

Aber: Wer mehr Personal will, muss besser bezahlen! Schließlich sind die miserable Bezahlung und die miserablen Arbeitsbedingungen die Hauptursachen für den Pflegekräftemangel.

Gemeinsam kämpfen oder gemeinsam in die Röhre gucken

Auch wenn nun viele enttäuscht sind über die bescheidenen Tarifforderungen, auch die müssen erstmal erkämpft werden. Und da kann man nicht andere für sich kämpfen lassen wollen, sondern muss selbst aktiv werden.
Die Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände hat uns alle herausgefordert! An der Konsequenz, wie der Kampf geführt wird, und nicht zuletzt am Ergebnis wird sich die ver.di messen lassen müssen.

Aus Corona nix gelernt?

Die Absicht des Kahlschlags der Krankenhäuser ist nicht vom Tisch. Dass die Pläne der Bundesregierung und ihrer Mietschreiber, angefangen bei der berüchtigten Bertelsmann-Studie bis hin zu der selbsternannten „Nationalen Akademie der Wissenschaften – Leopoldina“ in Halle (noch) nicht völlig realisiert waren, hat uns in der Corona-Pandemie bis jetzt noch vor dem Schlimmsten bewahrt. In ihrem Thesenpapier faseln sie von einem Krankenhaus pro 250 000 Einwohner, das „wären bei uns 330 Krankenhäuser“. Das hätte zu Zuständen wie in Italien geführt.

„Abholzung“ der öffentlichen Krankenhäuser

Inzwischen posaunen sie ihre Ziele nicht mehr so lautstark in die Medienlandschaft. Aber sie arbeiten daran. ***1991 gab es 2411 Krankenhäuser, 2000 noch 2242, 2017 noch 1942. Die Zahl der Patientenbetten fiel in den vergangenen 25 Jahren von 600 000 auf weniger als eine halbe Million. Zwischen 1995 und 2007 wurden 26% der Pflegestellen abgebaut, obwohl die Patientenzahl von 15,9 auf 19,4 Millionen um 22% gestiegen ist.***

Ver.di plädiert für ein optimiertes Selbstkostendeckungsverfahren – dabei müssten alle Kosten, die in Zusammenhang mit der Patientenversorgung anfallen, auch bezahlt werden. Ein solches Verfahren gab es schon mal – vor Einführung der Fallpauschalen. Klar ist aber auch, dass damit Gewinnerzielung im Gesundheitswesen wieder verboten werden muss – auch das gab’s schon mal – vor 1984!

Breite Front

Mit der Forderung nach Abschaffung der DRGs steht die Gewerkschaft ver.di längst nicht mehr alleine: Auch ***„Kinderärzte drängen auf das Aus für DRGs“ – so die Springer-Ärztezeitung am 11.8.. Der OB von München fordert, die Fallpauschalen müssten wegen Fehlanreizen auf den Prüfstand. Die politischen Verantwortlichen für die Kliniken in Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Schleswig-Holstein und der Deutsche Ethikrat fordern, dass wenigstens alle Kinderkliniken aus den DRGs (Fallpauschalen) herausgenommen werden.***
Unter mydrg/kliniksterben.de wurde ein „Friedhof“ für Krankenhäuser angelegt mit 193 Berichten über Krankenhausschließungen, Ursachen und Gegenwehr der Bevölkerung im ganzen Bundesgebiet seit November 2019 ...

Verschuldung durch Corona-Vorschrift. Weitere Schließungen drohen.

„Gesundheits“-Minister Spahn hat mit seinen Corona-Betten-Freihaltungs-Vorschriften einerseits erzwungen, dass Kapazitäten nicht ausgelastet werden konnten, anderseits hält er aber an den DRG-Fallpauschalen fest, die den Kliniken die Preise pro Krankheit vorschreiben. Weiterhin müssen die Krankenhäuser „rentabel“ sein. So sind immense Schulden aufgelaufen. Weitere Schließungen sind vorprogrammiert.

FCK DRG – Fallpauschalen abschaffen

Grit Genster, Bereichsleiterin Gesundheitspolitik beim ver.di Bundesvorstand fordert die Abschaffung der DRGs (Fallpauschalen) als eine wesentliche Konsequenz aus der sogenannten Coronakrise. Krankenhäuser sind Einrichtungen der Daseinsvorsorge genauso wie die Feuerwehr. Feuerwehrschläuche kann man auch nicht erst dann produzieren, wenn’s brennt.

Nach den Wahlen heißt es zahlen!

Nach den Bundestagswahlen soll´s zur Sache gehen mit der Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft in Deutschland....

DKP fordert Verbot der Profitwirtschaft

Die DKP unterstützt die Forderung nach Ersatz der DRGs durch das Selbstkostendeckungsverfahren, das Verbot der Profitwirtschaft im Gesundheitswesen und den Widerstand gegen Krankenhausschließungen. Unsere Vorstellungen orientieren sich am Gesundheitswesen in sozialistischen Ländern – optimale Versorgung der Patienten bei optimalen Arbeitsbedingungen für das Personal ist das Entscheidende ...

Tariforderung unbezahlbar?

In der Tarifrunde geht jetzt das Geschrei los, die Forderungen der ver.di seien nicht bezahlbar. Da lohnt es sich, sich zu erinnern, wie an anderer Stelle mit Geld geradezu um sich geschmissen wird. „In unbegrenzter Höhe“ will Finanzminister Scholz der Wirtschaft unter die Arme greifen. Der Wirtschaft, die auch ohne Corona in der Krise stecken würde.

Rettungsschirme unbegrenzt

Banken, die mit Cum-ex-Geschäften die Gesellschaft um Abermilliarden betrogen haben und von einem Betrugsskandal in den nächsten stolpern, Energiekonzerne, die sich nach dem Atomausstieg jetzt den Kohleausstieg vergolden lassen, Auto-Konzerne, die mit Betrugs-Software ihre Kunden beschissen haben und immer noch krampfhaft am überholten Individualverkehr festhalten, der Klinikkonzern Fresenius-Helios, der sich die Zuschüsse z.B. von je 50 000 Euro für 600 neue Intensivbetten nicht entgehen lässt, aber bis Ende März nur 300 Corona-Patienten in seinen über 36 000 Betten behandelt hat, die Rüstungsindustrie, die jetzt in trauter Eintracht mit Mister Trump die deutschen Rüstungsausgaben ins Unermessliche puschen will, die Fleischindustrie, deren Horrorpraktiken erst kürzlich Schlagzeilen machten und viele mehr, sie alle stehen Schlange und wollen abkassieren.

Mehr als 1 Billion für „die Wirtschaft“

Es sind nicht „nur“ die im Juni verkündeten 130 Milliarden „Konjunkturprogramm“. Die Rettungsschirme umfassten (laut Aufstellung des Finanzministeriums) Anfang April schon 1 Billion und 173 Milliarden.
(1 173 Milliarden, das sind 3 ¼ mal so viel wie der gesamte Bundeshaushalt), Tendenz ständig noch steigend.

Das sind Steuermittel - großzügig verteilt von Vertretern der Parteien, die uns als Öffentliche Arbeitgeber am liebsten mit einer Null-Runde abspeisen wollen!

Wer kassiert den Löwenanteil?

Die Großaktionäre dieser Konzerne sind zumeist in der Clique des Finanzkapitals zu suchen. Es handelt sich um das eine Prozent der Bevölkerung, das 87 Prozent des Vermögens besitzt und kaum Steuern bezahlt.
(Die Erbschaftssteuer brachte 2019 gerade mal 7 Milliarden Euro. Körperschaftssteuer und Kapitalertragssteuer erbrachten jeweils 32,0 bzw. 28,6 Milliarden, die Gewerbesteuer 55 Milliarden. Die Vermögenssteuer wird (seit 1997) nicht erhoben. Die Börsenumsatzsteuer wurde 1991 abgeschafft.
Diese Clique stellt die Hauptnutznießer. Ihnen wird das Geld vorne und hinten reingeschoben.

Was die sogenannten kleinen Leute abbekommen, sind allenfalls Brosamen, die bei dieser Raff-Orgie vom Tisch fallen.

Damit könnte man nicht nur die Gehaltserhöhungen locker bezahlen, man könnte die Krankenhäuser dauerhaft aus dem Profitsystem befreien, Krankenhausschließungen vermeiden und Privatisierungen rückgängig machen.

Ohne Moos nix los!

Personalnotstand überwinden, erträgliche Arbeitsbedingungen schaffen, Schluss mit der Unterbezahlung, das alles gehört zusammen.
Künftige personelle Entlastungen können wir uns abschminken, wenn die Kliniken das Personal gar nicht kriegen. Jeder weiß, dass mehr Personal nur zu gewinnen sein wird, wenn die Überlastung dauerhaft beseitigt wird, und natürlich auch die krasse Unterbezahlung.

Das Branchenaktiv Gesundheitswesen trifft sich immer am letzten Dienstag des Monats um 19.00 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Interessent/Innen sind herzlich eingeladen.
Weitere Ausgaben der Roten Sprite sowie Informationen zur DKP unter: www.dkp-stuttgart.org

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.
DKP Stuttgart
Betriebsaktiv Gesundheitswesen
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
Manfred Jansen

Jugendseite: Gesundheit statt Profite!

Seit der Einführung der Fallpauschalen ist es möglich, aus dem Gesundheitswesen Profit zu schlagen. Das führt einerseits dazu, dass dieser Bereich für private Investoren attraktiv wird, die die Privatisierung des Gesundheitswesens vorantreiben. Andererseits zwingt es die einzelnen Krankenhäuser dazu, gegeneinander in Konkurrenz zu treten. Die Leidtragenden sind das Klinikpersonal, das unterbesetzt, unterbezahlt und oft ausgelagert in der täglichen Arbeitshetze über seine eigenen Grenzen hinausgehen muss und dabei die Patientinnen und Patienten nicht ausreichend versorgen kann.

Gesundheit und Kapitalismus, das scheint erst einmal kein Widerspruch zu sein. Schließlich hat sich erst mit der Herausbildung kapitalistischer Staaten eine flächendeckende medizinische Versorgung entwickelt. In der Tat gibt es einen Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise und staatlicher Gesundheitsversorgung. Diese Systeme sind keine Almosen des Staates an die Bevölkerung, sondern erfüllen eine überlebenswichtige Funktion für die Wirtschaft: Der Staat garantiert durch entsprechende Gesetzgebung eine gewisse medizinische Mindestversorgung, die, zumindest in Deutschland, durch die gesetzliche Krankenversicherung prinzipiell für alle zugänglich ist. Damit sorgt er dafür, dass Kranke so schnell wie möglich wieder fit für die Arbeit werden. **Nicht die Vermeidung von Leiden oder die Heilung sind das Ziel, sondern die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Arbeitskraft.**

In den letzten Monaten gab es bundesweit Aktionen der SDAJ zu unserer Kurzkampagne "Gesundheit statt Profite".

(Den ganzen Artikel "Gesundheit im Kapitalismus" findest du auf www.sdaj.org)

SDAJ STUTTGART

Wir sind **Schülerinnen und Schüler, Azubis und Studierende, junge Arbeiterinnen und Arbeiter** und organisieren uns in der SDAJ, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend. Unser Ziel? **Eine Welt ohne Ausbeutung, Armut und Kriege.** Eine Welt, in der wir uns keine Sorgen mehr darum machen müssen, woher wir das Geld für Nachhilfe nehmen sollen, ob wir eine Ausbildung bekommen oder wie wir unsere Miete bezahlen sollen. **Eine Welt, in der unser Leben zählt und nicht die Profite der Reichen.** Deshalb haben wir uns im November 2016 zusammengetan und in der Landeshauptstadt eine Ortsgruppe der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend gegründet! Wir wollen gemeinsam im Raum Stuttgart für die Interessen der Jugend, gegen Krieg, Faschismus und Hausaufgaben kämpfen.

/sdaj.stgt
+49 1511 6943737
/sdaj_stuttgart
stuttgart@sdaj.org
/sdaj_stuttgart
www.stuttgart.sdaj.org